

Allgemeines Jüdisches Familienblatt

Leipziger Jüdisches Familienblatt * Leipziger Jüdische Zeitung

WOCHENBLATT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES JUDENTUMS

Anzeigenpreise: 6 gespalt. mm-Zelle 15 Pf., 3 gespalt. Textzeile 6 Pf., Familienanzeigen für Abonnenten gegen Vorzeigung der bezahlten Monatsquittung ermäßigte Preise. Anzeigen werden in unseren Geschäftsstellen entgegengenommen. Anzeigenschluß Dienstag abend. Anzeigengebühren von auswärtig werden auf Postscheckkonto Leipzig Nr. 15070 unter „Allgemeines Jüdisches Familienblatt“ erbeten. Für Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und für Platzvorschrift kann keine Gewähr geleistet werden. Bei Klagen gilt die Zuständigkeit des Amtsgerichts Leipzig als vereinbart.

Verlag und Redaktion:
Allgemeines Jüdisches Familienblatt
 Leipzig, Gerberstraße 48/50 — Telefon 21516
 Postscheckkonto Leipzig Nr. 15070
 Bankkonto: Sächsische Staatsbank, Leipzig
 Erscheint jeden Freitag — Redaktionsschluß Dienstag mittags
 Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt.

Bezugspreise: Abonnenten werden bei allen Postämtern angenommen. Postbezug 80 Pfennige monatlich, 2,40 Mark vierteljährlich (exklusive Bestellgeld). Streifenband - Bezug für Deutschland, Österreich, Saargebiet, Luxemburg, Danzig, Memelgebiet 1,20 Mark monatlich, für das übrige Ausland 1,50 Mark monatlich. Bestellungen nehmen entgegen in Leipzig: Hauptgeschäftsstelle, Gerberstraße 48/50; Buchhandlung M. W. Kaufmann, Brühl 8; Leihbücherei, Nordstraße 29. M. Laufer, Chemnitz, Kasernenstraße 8. Dresdner Redaktion: Leon Kesten, Kaulbachstraße 25.

Chronik der Woche

Rabbi Berlin nach Südafrika abgereist. Der Präsident des Misrachi-Weltverbandes, Rabbi Meer Berlin, hat sich nach Südafrika begeben, um die Leitung der dortigen Kampagne für die Misrachi-Fonds zu übernehmen.

Ehrung für Henriette Fürth. Die Stadt Frankfurt hat Frau Henriette Fürth, der verdienten Sozialpolitikerin und Gründerin der Jüdischen weiblichen Fürsorge in Frankfurt, anlässlich ihres 70. Geburtstages, in dankbarer Anerkennung ihrer sozialen Leistungen, die Graumannsche Ehrenplakette überreicht.

Geplante Errichtung einer arabischen Universität. „Daily Express“ meldet aus Jerusalem, daß dort eine Konferenz von Vertretern aller mohammedanischen Länder abgehalten werden soll, um über Mittel und Wege zum Schutz der mohammedanischen heiligen Stätten und zur Errichtung einer mohammedanischen Universität in Jerusalem zu beraten. Es wird erwartet, daß sich diese Konferenz zur größten jemals abgehaltenen panslamitischen Kundgebung gestalten wird.

Zwei weitere Friedhofsschändungen in Hessen. In Hessen haben sich in den letzten Tagen zwei Fälle von Schändungen jüdischer Friedhöfe ereignet. In dem oberhessischen Dorf Griedel bei Butzbach haben sich zwei 11jährige Schüler in der Dämmerung in den jüdischen Friedhof eingeschlichen und haben dort drei Grabsteine beschädigt. Zwei davon warfen sie um, einen dritten beschädigten sie dadurch, daß sie auf der Grabinschrift, die auf „Adolf Bär“ lautete, den Nachnamen wegkratzten und „Heil Adolf“ (Hitler) an dessen Stelle setzten. — Die zweite Schändung ereignete sich in Offenbach, wo auf dem jüdischen Friedhof zwei Grabsteine vom Sockel gestürzt wurden. Hier fehlt von den Tätern noch jede Spur. — Erst im Mai d. J. wurde in einem anderen hessischen Orte, in Ehzell, der jüdische Friedhof geschändet.

Behördliche Übergriffe in Rumänien. Doktor Mayer Ebner macht in der von ihm herausgegebenen „Ostjüdischen Zeitung“ die höheren staatlichen Behörden und den Ministerpräsidenten Jorga auf Übergriffe des Unterpräfekten von Seletin Ottokar Kratki aufmerksam, der den zionistischen Verein „Achad Ha'am“ und den hebräischen Kindergarten von Seletin in Geheimberichten als „kommunistische Zellen“ denunziert und dadurch die Schließung des Vereins und des Kindergartens sowie die Beschlagnahme der Vereinsbibliothek, der Wandbilder des Vereinslokals und der Schuld bewirkt hat. Unter anderem wurde auch das Bild Lord Balfours beschlagnahmt. Dr. Ebner stellt diesen Fall als ein Beispiel dafür hin, wie sehr die zur Psychose gewordene Kommunistenriechelei in Lächerlichkeit ausartet.

Die Fußballkämpfe am Sabbath in Palästina. In der Frage der Veranstaltung von Fußballspielen am Sabbath in Palästina hat sich, wie der Jüdischen Telegraphen-Agentur mitgeteilt wird, die Zentrale des Misrachi in Jerusalem an den Präsidenten des Makkabi-Weltverbandes, Herrn Dr. Lelewer-Berlin, gewandt und dessen Intervention erbeten. Der Misrachi schlägt vor, den Freitag nachmittag als Spiel- und Wettkampfzeit zu erklären. Entsprechend der durch die Weckendbewegung in europäischen Ländern für Sonnabend nachmittag erreichten Arbeitsbeendigung, solle durch Vereinbarung mit den jüdischen Arbeitgebern in Palästina erzielt werden, daß Angestellte bereits von Freitag mittag an arbeitsfrei seien. Das Präsidium des Makkabi-Weltverbandes wird nunmehr eingreifen und versuchen, auf diesem Wege den Konflikt zu lösen.

Irrwege des Parteikampfes

Zu den Vorgängen in der Berliner Jüdischen Gemeinde

Als das Berliner Polizeipräsidium, die Aufsichtsbehörde der Berliner Jüdischen Gemeinde, im Monat Mai dieses Jahres die Gemeindevahlen vom November 1930 bestätigt hatte, wodurch die damals gewählte liberale Mehrheit die Geschäfte der Gemeinde übernehmen konnte und die seit dem Jahre 1927 existierende Regierung des Mehrheitsblockes, unter Führung der Jüdischen Volkspartei, ablöste, haben wir an dieses Ereignis einige Bemerkungen geknüpft. Wir wiesen damals auf die Notlage hin, in welcher sich gegenwärtig die Juden in Deutschland und besonders in Berlin befinden. Wir unterstrichen die Bedeutung der Berliner Einheitsgemeinde, die wegen der Lagerung der in ihr vorhandenen Richtungen, gebieterischer noch als anderswo, eine Kooperation von Mehrheit und Minderheit verlangen — unbeschadet der Wahrung der einzelnen Parteistandpunkte — und gaben der Hoffnung Ausdruck, daß sich auf allen Seiten der neuen Berliner Repräsentantenversammlung der gute Wille äußern werde, bei aller Gegensätzlichkeit, einander zu respektieren und alles zu vermeiden, was die bestehenden Gegensätze noch verschärfen könnte. Wir haben damals eindringlich an die neue Mehrheit appelliert, sich vor einem allzu selbstherrlichen Gebrauch ihrer Macht zu hüten, die Kontinuität in der Gemeindeverwaltung zu wahren und ihre Vormachtstellung nicht dazu zu benutzen, um rücksichtslos alles abzubauen, was man vielleicht nach ihrem Programm nicht hätte schaffen sollen. Schließlich muß man in einer Einheitsgemeinde von der Auffassung ausgehen, daß wirklichen Herzenswünschen und besonderen Bedürfnissen starker Gruppen in einem gewissen Maße Rechnung zu tragen sei. Wir haben der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die kommenden Wochen, gerade unter dem Druck der herrschenden Wirtschaftsnot, im liberalen Lager den Sieg der gemäßigten Kreise über einzelne Kampfahne und Scharfmacher davontragen werden.

Seit Juni sind die Liberalen in Berlin in ihren Ämtern installiert. Diese wenigen Wochen haben klar dargetan, daß die Hoffnungen, welche in weiten Kreisen der Berliner Judentumheit und fast überall im Reiche gehegt wurden, die Verhältnisse in der Berliner Jüdischen Gemeinde würden sich bei aller Gegensätzlichkeit doch friedlicher gestalten, als es während der sehr heißen Wahlschlacht im November 1930 proklamiert wurde, leider keine Erfüllung gefunden haben. Bei allem redlichen Bemühen, zu den Vorkommnissen in der Berliner Jüdischen Gemeinde während der letzten Wochen Distanz zu bewahren und allen dort gefaßten Beschlüssen Verständnis entgegenzubringen, muß man zu dem Ergebnis gelangen, daß psychologisch und auch materiell von der neuen liberalen Mehrheit Methoden angewendet wurden, die nicht nur Kopfschütteln, sondern eine unbedingte Verurteilung hervorrufen müssen. Schon die Verteilung der einzelnen Posten im Vorstand der Gemeinde, der Ausschluß der 14 Mann starken Gruppe der Volkspartei aus dem Präsidium der kollegialen Vorstands-

behörde, die einzelnen Vorgänge bei der Wahl der volksparteilichen Mitglieder des Vorstandes, wobei man sich eine Zensurierung der vorgeschlagenen Kandidaten aus politischen Gründen anmaßt, die verschiedenen Anträge und Anfragen einzelner intransigentier Linksliberaler, welche restlos die Unterstützung der gesamten Fraktion fanden, ließen erkennen, daß wenigstens in den ersten Tagen von dem Wunsche auf liberaler Seite, der Jüdischen Volkspartei eine sachliche Mitarbeit zu ermöglichen, wenig zu merken war. Man tröstete sich aber damit, daß man sich sagte, in den ersten Tagen müßten neue Besen, weil sie neu sind, scharf fegen und nach einiger Zeit werde sich eine Beruhigung einstellen. Dieser Trost war übereilt. Die folgenden Wochen erbrachten den Beweis, daß auf liberaler Seite das Parteiinteresse über das Gemeinschaftsinteresse geht. Wir verstehen ganz gut, daß jede Partei bestrebt ist, in weitestgehendem Maße ihr Programm zu verwirklichen. Das reale politische Leben verlangt aber von allen Parteien, daß sie, um gedeihlich zu arbeiten und um das Interesse der Gesamtheit zu respektieren, verständigungsbereit seien und eine mittlere Linie einschlagen, damit durch den Konsensus der wichtigsten Parteien eine friedliche Arbeitsatmosphäre geschaffen werde, in der allein eine Gemeinschaft gedeihen kann. Diese Art zu regieren, wird von den größten Parteien in allen Ländern, auch wenn diese Parteien allein die Macht repräsentieren, peinlichst beobachtet. In der Berliner Jüdischen Gemeinde aber scheinen von der Mehrheit andere politische Methoden vorgezogen zu werden.

Das zeigte sich in den letzten Sitzungen der Berliner Repräsentantenversammlung. In Anträgen, Reden und Beschlüssen äußerte sich eine Gehässigkeit gegen die Jüdische Volkspartei und ein Ton, der nicht anders als schwer provokatorisch betrachtet werden muß. Man verfolgt auf liberaler Seite die Methode, in rücksichtsloser Art die Abstimmungsmaschine walten zu lassen. Man läßt sich auf gar keine Diskussionen ein. Man verwirft die Argumente des Gegners, bevor man sie noch gehört hat und versteift sich auf Beschlüsse, deren materielle Bedeutung in gar keinem Verhältnis zu der Aufregung stehen, die diese Beschlüsse in der Öffentlichkeit verursachen. Anfragen und Anträge der Opposition werden mit einer Geringschätzung behandelt, als ob sie lästige Störungsversuche wären und nicht Äußerungen einer Partei, die Zehntausende von Wählern in der Berliner Gemeinde hinter sich hat. Der Beschluß, die Subvention für den hebräischen Lehrstuhl an der Universität Jerusalem zu entziehen, der mit fadenscheinigen Argumenten motiviert wurde und bei dem es gar nicht auf die Ersparnis der 12000 M. ankam, um die es sich hierbei handelt, sondern um eine Demonstration, daß von nun ab in der Berliner Jüdischen Gemeinde alles, alles, was mit dem Palästinaaufbau zu tun hat, nicht die geringste Gnade finden werde, war ein Gewaltstreich allerschlimmster Art. Denn dieser Beschluß war, die Liberalen mögen das auch tausendmal be-

Beethovenstr. 7 1969